Gemeinde

## Neufahrn

Bebauungsplan

Nr. 52

Gymnasium

Planfertiger

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Geschäftsstelle - Uhlandstr. 5, 80336 München

Az.: 610-41/2-26 Bearb.: Scho/Pli

Plandatum

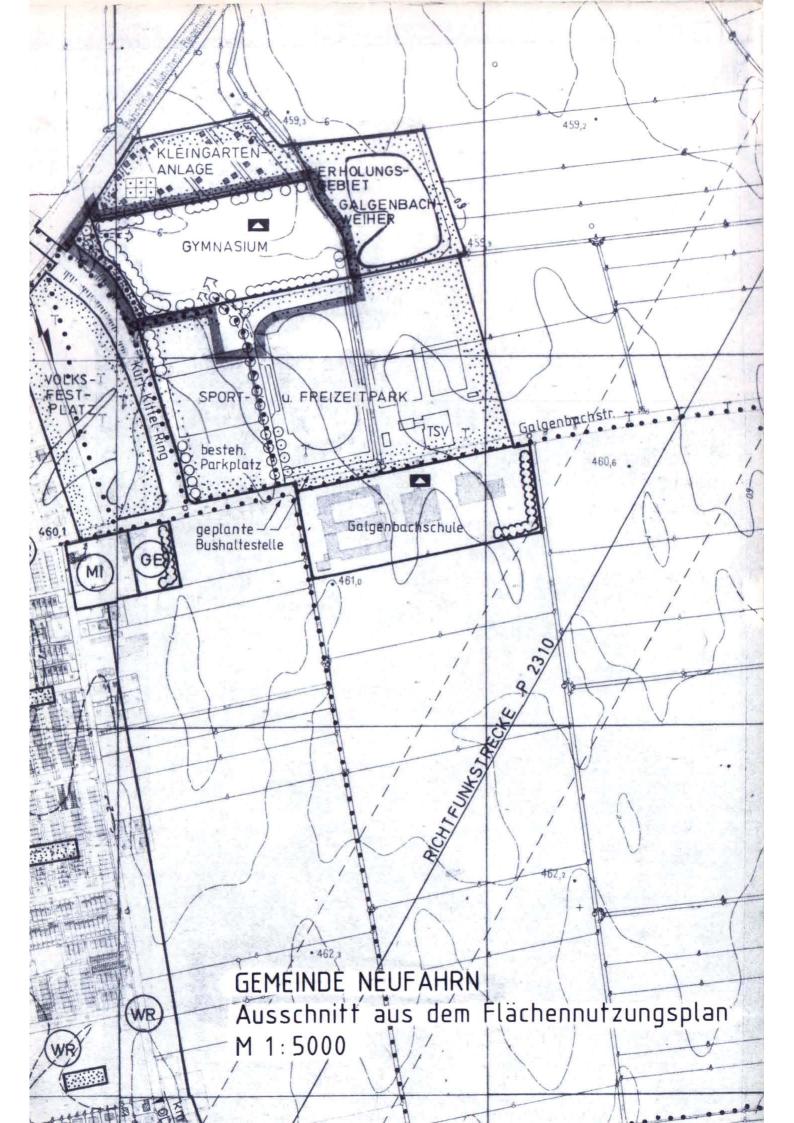
22.06.1994 29.06.1994 19.05.1995 29.11.1995 17.06.1996

Die Gemeinde Neufahrn erläßt aufgrund §§ 2, 9 und 10 Baugesetzbuch -BauGB-, § 1 und § 2 Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch - BauGB-MaßnahmenG-, Art. 98 Bayerische Bauordnung -BayBO- und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern -GO- sowie Art. 3 Bayerisches Naturschutzgesetz -BayNatSchG - diesen Bebauungsplan als

# Satzung.

Aufhebung bestehender Bebauungspläne

Dieser Bebauungsplan ersetzt innerhalb seines Geltungsbereiches den Bauabschnitt II des am 02.12.1981 genehmigten Bebauungplan Nr. 37 "Kleingartenanlage Neufahrn Lund II"



#### A) FESTSETZUNGEN durch Text

#### Art der baulichen Nutzung

Fläche für Gemeinbedarf, Gymnasium (einschl. Reservefläche)

#### Zulässig sind:

- Gymasium und damit in Zusammenhang stehende bauliche Anlagen und eine Hausmeisterwohnung
- 3-fach-Sporthalle mit Nebenräumen
- Sportplätze, Spiel- und Freizeiteinrichtungen, Gemeinbedarfseinrichtungen

Die Lage des Gymnasiums, des Pausenhofs, der Sporthalle und der Hausmeisterwohnung ist im Grundsatz durch die im Plan eingetragene Lage der Planzeichen bestimmt, geringe Lageverschiebungen innerhalb der Baugrenzen sind zulässig.

### Bauliche Anlagen

- 2.1 Soweit es der Bauraum zuläßt, können Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 Metern errichtet werden.
- 2.2 Flachdächer (Mindestneigung 2%) und flachgeneigte Dächer sind zulässig. Begrünte Dächer sowie im geringen Umfang Metalleindeckungen - beim Hallendach auch Kiespressdach mit Aufbauten - sind zulässig.
- 2.3 Reflektierende Materialen an Dach und Fassade sind unzulässig.
- 2.4 Solarkollektoren sind bei gestalterischer Einbindung in den Baukörper zulässig.
- 2.5 Die Oberkante des Erdgeschoßrohfußbodens darf höchstens 30 cm über der Oberkante Gelände liegen.
- 2.6 Anlagen wie fliegende Bauten, Geräteschuppen, Garagen (mit Ausnahme der festgesetzten) sind unzulässig.
- 3. Stellplätze, Wegeflächen, Pausenflächen, Nebenanlagen
- 3.1 Außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen und der eigens festgesetzten Fläche für Stellplätze, sind Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Motorräder unzulässig.
- 3.2 Pausenfläche und Eingangsbereich sind mit einer wasserdurchlässigen Oberfläche auszuführen.
- 3.3 PKW-Stellplätze und Parkbuchten sind in wasserdurchlässiger Weise zu errichten. bzw. zu belassen.
- 3.4 Nebenanlagen zur Ver und Entsorgung und Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter sind in die Gebaude zu integrieren.

- 4. Einfriedungen
- 4.1 Einfriedungen mit Ausnahme für Sportflächen sind nicht zulässig.
- 5. Grünordnung
- 5.1 Die unbebauten Teilflächen der Gemeinbedarfsflächen sind, soweit sie nicht für die Nutzungen Sportplätze, Wege, Freizeiteinrichtungen u. ä. vorgesehen werden, zu begrünen und mit Baumgruppen zu bepflanzen.
- 5.2 Der vorgesehene Schulgarten soll in die Freiflächengestaltung mit eingebunden werden.
- 5.3 Bei allen Pflanzmaßnahmen sind nur standortgerechte heimische Bäume und Sträucher (Ausnahme Schulgarten) nach der beigefügten Pflanzliste zulässig (s. Anlage).
- 5.4 Giftpflanzen gemäß der Giftpflanzenliste des Bundesgesundheitsministeriums und des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen sind nicht zulässig.
- 5.5 Bei erforderlichen Erdbewegungen ist der Mutterboden zu sichern.
- 5.6 Die nach den Festsetzungen gepflanzten Bäume und Sträucher sind von den Grundstückseigentümern zu fördern, zu pflegen und zu erhalten. Ausgefallene Pflanzen sind artengleich zu ersetzen.
- Wasserfläche
- 6.1 Wasserentnahme aus dem Weiher ist nur zulässig, wenn eine Rückführung des Wassers in einem naturnah ausgeführten Wassergraben gewährleistet ist.
- 7. Immissionsschutz
  - Maßgeblich für Schallschutzmaßnahmen ist das Schallschutzgutachten des TÜV Bayern-Sachsen e. V. vom 14.09.1993.
- 7.1 Die Grundrißanordnung des Gebäudes ist so zu gestalten, daß schutzbedürftige Räume an den Seiten des Geländes angeordnet werden, die von der Gleisstraße abgewandt sind.
- 7.2 Die Außenbauteile von Unterrichtsräumen, Sitzungsräumen oder sonstigen, gegen Geräuscheinwirkung von außen schutzbedürftigen Räume, müssen ein bewertetes Schalldämm-Maß R'w gemäß VDI 2719 haben. In den Unterrichtsräumen wird ein Schalldämm-Maß für die Fenster von 37-47 dB(A) festgesetzt (Schallschutzklasse IV) gem. Schallschutzgutachten des TÜV vom 14.09.1993.
- Abgrabungen
- 8.1 Kellergeschosse dürfen mit Ausnahme der abgesenkten Sporthalle nicht durch Abgrabungen und Abböschungen des Geländes freigelegt werden.

1.	Geltungsbereich	
1.1		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
2.	Bauliche Anlagen	
2.1		Baugrenze
2.2	TH 10,0m max	maximale Traufhöhe, z. B. 10,0 m
2.3	• • • • •	Abgrenzung von Flächen mit unterschiedlichen Festsetzungen hinsichtlich der Traufhöhe
3.	Öffentliche Verkehrsflächen	
3.1		Straßenbegrenzungslinie
3.2		Fahrbahn
4.	Stellplätze, Wegeflächen, Pausenflächen, Nebenanlagen	
4.1	37	Fläche für Stellplätze
5.	Grünordnung	
5.1		öffentliche Grünfläche
5.2		zu pflanzende Bäume
	Bei den in der Planzeichnung festgesetzten "zu pflanzende Bäume", sind geringe Abweichungen in der räumlichen Lage zulässig.	
5.3	•	zu erhaltende Bäume, elf Acer Campestre (Feld-Ahorn) 0,2/4/2 (Stammumfang/Höhe/Kronendurchmesser) eine Petula Pendula (Birke) 0,8/10/6.
5.4	土田井	Die schraffierten Teilflächen der Grünflächen sind mit Sträuchern und Heistern dicht zu bepflanzen.
6.	Wasserfläche	
6.1		Wassergraben

FESTSETZUNGEN durch Planzeichen

B)

C)	HINWEISE			
1.	·	bestehende Grundstücksgrenzen		
2.	∘ <del></del>	aufzuhebende Grundstücksgrenzen		
3.	2206	Flurstücknummer, z. B. 2206		
4.	F+R	vorgeschlagene Führung der Fuß- und Radwege inner- halb der Gemeinbedarfsfläche		
5.	7	vorgeschlagene Stellung der baulichen Anlagen		
6.		Zugang Gymnasium		
7. Systemschnitte: siehe Begründung				
8. Der vorgesehene Schulgarten soll in die Freiflächengestaltung mit eingebunden werden.				
9.	Zu jedem Bauantrag oder Antrag auf Nutzungsänderung ist ein Schallschutzgutachten vorzulegen, das die Einhaltung des gemäß VDI anzustrebenden Innenpegel bei den Schulräumen, der Sporthalle und dem Hausmeisterhaus nachweist.			
10.		Freiflächengestaltungspläne beizufügen, in denen die auungsplanes berücksichtigt sind.		
11.		erwertung und alternative Energieversorgungsmöglich- raftwerk, Sonnenenergie) soll im höchstmöglichen Umfang		
Kartengrundlage:		Amtliche Katasterblätter Nr. NO IX 35 / NO IX 4.1 / NO 3.10 / NO IX 4.6. Maßstab 1:1.000.		
Maßentnahme:		Planzeichnung zur Maßentnahme nur bedingt geeignet; keine Gewähr für Maßhaltigkeit. Bei der Vermessung sind etwaige Differenzen auszuglei- chen.		
19 11 100 (				
Planfertiger:		München, den 19.11.1996  (Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München)		
Gemeinde:		Neufahrn, den 19.11. 1996		
		(Erster Bürgermeister)		